SVP UDC
www.svp-bern.ch, SVP Kanton Bern,
Januar, Nr. 1-2022

#bernstark

AZB 3000 Bern 25 – Post CH AG

Bürgerliche Vernunft statt extremer Ideologien

Bei der wichtigen Abstimmung vom 13. Februar und den kantonalen Wahlen vom 27. März gilt es, die bürgerlichen Werte zu verteidigen.

Die Wahlen stehen vor der Tür. Wir haben 229 Personen auf den Grossratslisten, davon 57 Frauen. Das ist fantastisch. *Je remercie aussi les 36 personnes sur les listes au Conseil du Jura bernois !*

Wenn wir Vollgas geben für die wichtige Abstimmung vom 13.02.2022 und die Wahlen, tun wir dies für unseren Kanton und seine Bevölkerung, für bürgerliche vernünftige Lösungen anstatt extremer Ideologien. Ich bitte alle, sich zu engagieren und bei jeder Gelegenheit auf die Wahlen hinzuweisen. Nur die SVP verteidigt die Freiheit, tiefe Steuern und eine bürgernahe Politik! Es gilt, überall die SVP Listen einzuwerfen. Wir brauchen mehr SVP!

Auch im Regierungsrat muss die heutige Mehrheit gesichert und die bürgerliche Vernunft verteidigt werden. Wir geben also unsere volle Unterstützung dem bürgerlichen Vierer mit unseren SVP-Vertretern Pierre Alain Schnegg und Christoph Neuhaus.

Fingerzeig Energiepolitik

Nehmen wir den Bereich Energie als Beispiel, wohin die extreme und ideologische Politik führt: Die Energiestrategie 2050 mit ihren leeren Versprechungen scheitert bereits jetzt kläglich. Die Gefahr einer Strommangellage ist akut. Der überhastete Atomausstieg war ein Kapitalfehler und jetzt steht unsere Versorgung auf dem Spiel. Wir haben grosse Trümpfe: Wälder für Energieholz, Berge für Wasserkraft, Biomasse. Setzen wir darauf für den Pfad weg von den fossilen Energieträgern. Das geht aber weder von einem Tag auf den anderen noch mit unsinnigen Besteuerungen wie der Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer unter dem Titel Klimaschutz.

Gender-Ideologie, Klimakommunismus, Umerziehungsprozesse, Steuererhöhungen: Wer das nicht will, wählt SVP!

Manfred Bühler, Parteipräsident, Cortébert

STAND

Raus aus dem Réduit

Negativ-Schlagzeilen erhöhen den Zeitungsumsatz. Es wurden wohl seit Jahrzehnten nicht mehr so viel News konsumiert wie in den letzten zwei Jahren. Was wohl all die Newsproduzierenden im Homeoffice machen, wenn sogar die WHO die Pandemie für beendet erklärt? Was, wenn man plötzlich wieder raus muss aus dem Réduit Homeoffice?

So viele haben sich an das zuhause Arbeiten, Shoppen und Chillen gewöhnt. Es kommen einem unweigerlich die Filme in den Sinn, in denen Menschen ihr Leben nur noch virtuell leben anstatt richtig. Wie im Film ist es aber auch im richtigen Leben wieder Zeit, aus dem Réduit herauszukommen und zu reden und einander in die Augen zu blicken. Der Handschlag kann ja noch etwas warten, und vielleicht auch das Küsschen, aber nicht die Gespräche von Mensch zu Mensch, wo man einander in die Augen sieht und Differenzen z Bode redt.

Leben wir unser Leben und unsere Demokratie! Es geht um die echte Zukunft, am 13. Februar und am 27. März!

Aliki Panayides

Bitte Einzahlungsschein beachten. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Veuillez tenir compte du bulletin de versement. Un grand merci pour votre soutien !

Nein zu höheren Motorfahrzeugsteuern!
NON à l'augmentation de l'impôt sur les véhicules routiers

2+3

Unsere 229 Grossratskandidierenden in Wort und Bild
Aperçu de nos 229 candidat(e)s au Grand Conseil

6–13

Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer – ein Witz und reine Schikane

Höhere Motorfahrzeugsteuern im Kanton Bern bringen nichts, sind undemokratisch und schröpfen das Gewerbe und die Landbevölkerung.

Im Kanton Bern die Motorfahrzeugsteuern zu erhöhen, ist klimapolitisch gesehen ein absoluter Witz und eine reine Schikane für Gewerbe und Landbevölkerung.
Es streitet niemand ab, dass auf der ganzen Welt zu viel CO_2 ausgestossen und das globale Klima immer wärmer wird. Daran ändert aber eine Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer in unserem Kanton Bern rein gar nichts.

Lächerlich und unfair
Solange Länder wie China, die USA oder Indien ihre immensen CO_2-Emissionen weiter steigern, ist das Begehren nach höheren Motorfahrzeugsteuern unter dem Deckmantel der Klimapolitik einfach nur lächerlich. Mit der Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer wird kein Meter weniger Auto gefahren. Sie führt lediglich dazu, dass alle, vor allem Gewerbe und Landwirtschaft, die auf Fahrzeuge angewiesen sind, einmal mehr grundlos tiefer in die Tasche greifen müssen, weil sie nämlich aus beruflichen Gründen auf das Auto angewiesen sind. Es gibt nun mal Dinge – mir kommt spontan eine Waschmaschine in den Sinn - die lassen sich nicht per Velokurier liefern. Oder welcher Handwerker möchte seine Utensilien mit ÖV und Taxi von Ort zu Ort transportieren?

Undemokratisch
Ich habe es ziemlich satt, dass das Auto von ideologisch verklärten, weltfremden Stadtbewohnern für sämtliche Umweltprobleme verantwortlich gemacht wird. Logisch gibt es Wege, die sinnvoller mit Fahrrad oder ÖV zurückgelegt werden. Diese hören aber nun mal in der Regel ausserhalb der Stadtgrenze auf. Es wäre wünschenswert, wenn dies endlich auch von der Stadtbevölkerung eingesehen würde.

Das Berner Stimmvolk hat in den vergangenen Jahren bereits zweimal eine Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern abgelehnt. Dass das Parlament letztes Jahr einer erneuten Erhöhung zugestimmt hat, ist aus meiner Sicht höchst undemokratisch. Deshalb bitte ich Sie, am 13. Februar 2022 unserem Referendum gegen diese unfaire Steuererhöhung zu zustimmen.

Petra Wyss,
Präsidentin SVP Frauen Kanton Bern

Impressum
«SVP #bernstark», Publikationsorgan für die Mitglieder der SVP Kanton Bern
Redaktion Aliki M. Panayides, Bern; Reto Niederhauser, Bern
Verlag, Administration und Anzeigenverkauf
Sekretariat SVP Kanton Bern, Optingenstrasse 1,
3013 Bern, Tel. 031 336 16 26,
sekretariat@svp-bern.ch, www.svp-bern.ch
Layout Druckerei Singer+Co, Utzenstorf

NEIN zur Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer!

Höhere Motorfahrzeugsteuern sind ein Affront gegenüber den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern. Notleidende sind insbesondere Gewerbe und ländlicher Raum.

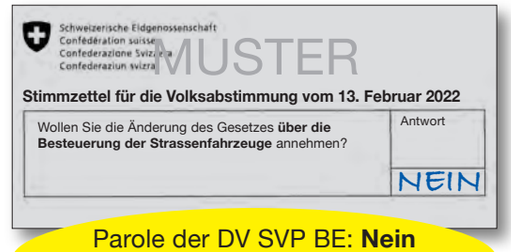
Die Bernerinnen und Berner haben 2011 und 2012 zweimal eine Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern abgelehnt. Dennoch befürwortete die Mehrheit des Parlaments nun eine Gesetzesrevision für höhere Motorfahrzeugsteuern. Ein Affront und eine krasse Missachtung der Demokratie!

Nach dem Abstimmungssieg 2012 konnte die Autosteuer endlich auf einen schweizerischen Mittelwert gesenkt werden. Trotzdem sollen die Autofahrer nun 40 Mio. mehr bezahlen. Die Mehrerträge sollen mittels Einkommenssteuersenkungen zurückgegeben werden – eine Schlaumeierei, damit die Vorlage gut verkäuflich ist. Die Motorfahrzeugsteuer soll neu ökologisch ausgerichtet sein. Eine Besteuerung nach CO2-Ausstoss kennt bis jetzt aber nur der Kanton Neuenburg.

Reine Steuererhöhung

Die Vorlage ist keinesfalls gewerbefreundlich, denn wer sich keinen neuen Lieferwagen leisten kann, zahlt notgedrungen mehr. Auch angesichts der Pandemie sollte auf Steuererhöhungen verzichtet werden. Die Auto- und die LKW-Branche hat bereits gewaltige Fortschritte gemacht, weshalb man diese Vorlage auch nicht mit dem Klima verbinden kann, wie es Linksgrün tut. Es ist eine reine Steuererhöhung, die sämtliche Bernerinnen und Berner betrifft.

Der ländliche Raum ist am stärksten betroffen, weil dort viele ältere Fahrzeuge mit schlechter CO2-Bilanz im Einsatz sind. Bauern sind für die Alpbewirtschaftung auf ein Allradfahrzeug angewiesen. Auch braucht ein Auto, wer nicht alle 5 Minuten ein Tram vor der Haustüre hat.


Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra
MUSTER
Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 13. Februar 2022
Wollen Sie die Änderung des Gesetzes **über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge** annehmen?
Antwort
NEIN

Parole der DV SVP BE: **Nein**
(einstimmig, 0 Enthaltungen)

Die Steuersenkung tönt zwar verlockend, aber die betroffenen Gewerbler und Bauern, die ein eher geringes Einkommen haben, werden von dieser Umverteilung wenig oder nichts merken, ausser dass sie mehr bezahlen. Wer indes ein höheres Einkommen hat, dem spielt die Autosteuer keine Rolle, er profitiert aber von einer deutlichen höheren Steuerreduktion – quasi ein «Steuergeschenk für Reiche».

Thomas Knutti, Grossrat, Weissenburg

Unterstützen Sie unsere Kampagnen!

IBAN CH65 0900 0000 3000 2686 3

NON à l'augmentation de l'impôt sur les véhicules routiers !

L'augmentation des taxes sur les véhicules routiers est un affront. Les entreprises et les régions rurales sont les plus touchées.

En 2011 et 2012, les Bernois(e)s ont rejeté une augmentation de l' impôts sur les véhicules à moteur. Pourtant, il est désormais prévu de l'augmenter. Un mépris flagrant de la démocratie !

Après la victoire en 2012, l'impôt sur les voitures a enfin pu être abaissé. Malgré cela, les automobilistes devraient payer 40 millions de plus. Les recettes supplémentaires doivent être restituées par le biais de baisses de l'impôt sur le revenu – un tour de passe-passe pour que le projet soit facile à vendre. L'impôt sur les véhicules à moteur doit désormais être orienté vers l'écologie. Mais jusqu'à présent, seul le canton de NE connaît une imposition en fonction des émissions de CO2.

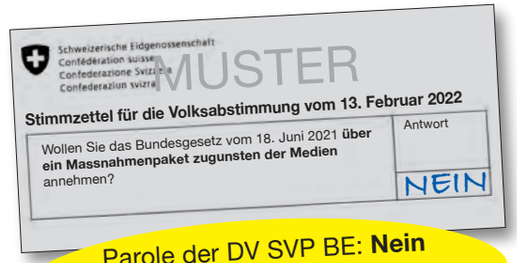
Une pure augmentation d'impôt

Le projet est néfaste pour les entreprises, car celles qui n'ont pas les moyens d'acheter une nouvelle voiture de livraison paieront plus cher. Le secteur de l'automobile et des poids lourds a déjà fait d'énormes progrès, c'est pourquoi on ne peut pas non plus lier ce projet au climat, comme le fait la gauche-verte. Il s'agit d'une pure augmentation des impôts.

L'espace rural est le plus touché : Les agriculteurs ont besoin d'un véhicule à quatre roues motrices pour l'exploitation des alpages et ceux qui n'ont pas un tram toutes les cinq minutes ont besoin d'une voiture.

La baisse d'impôts semble séduisante à première vue, mais la situation est différente : Les artisans et les agriculteurs concernés, qui ont un revenu plutôt faible, ne remarqueront rien de cette redistribution, si ce n'est qu'ils paieront plus. En revanche, ceux qui ont un revenu plus élevé profitent d'une réduction d'impôt nettement plus élevée - un « cadeau fiscal pour les riches » en quelque sorte.

NEIN zum «Massnahmenpaket zugunsten der Medien»



Parole der DV SVP BE: **Nein** (2 Ja, grossmehrheitlich Nein, 1 Enthaltung)

Das Massnahmenpaket bevorteilt die grossen Medienkonzerne und schwächt die neutrale Berichterstattung.

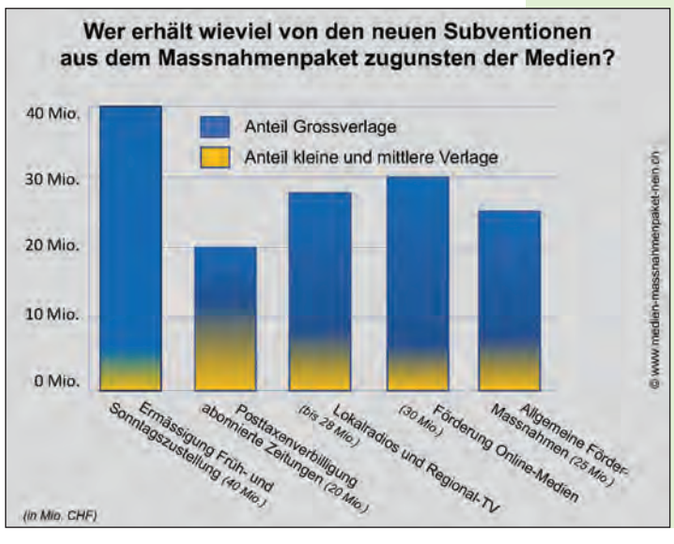
Bereits heute erhalten private Medien jährlich 53 Millionen. Mit dem neuen Massnahmenpaket sollen sie über 3-mal mehr erhalten. Die Subventionen sind (vorerst) auf 7 Jahre befristet.

Bestandteile des 178 Millionen-Pakets:
- Vergünstigte Zustellung neu auch der auflagestärkeren Tageszeitungen wie NZZ, Blick, Tages-Anzeiger. Kleinere Zeitungen (Auflage bis 40'000 Ex.) profitieren bereits heute von einer Vergünstigung. Gratiszeitungen zahlen weiterhin den vollen Zustelltarif.
- Vergünstigte Zustellung von Früh- und Sonntagszeitungen
- Erhöhung des Betrags für die vergünstigte Zustellung von Verbands- und Vereinszeitschriften
- Höhere Unterstützung von privaten Lokalradios und Regionalfernsehen
- Höhere Unterstützung von Nachrichtenagenturen sowie von Aus- und Weiterbildungen von Journalisten
- Subvention von Online-Medien

Kritische Berichterstattung gefährdet
Über 70 Prozent dieser Subventionen würden bei den grossen Medienkonzernen landen. Diese schwimmen im Geld und brauchen sich nicht durch staatliche Gelder in Abhängigkeit zu bringen. Zudem würden ausschliesslich die Verleger, aber nicht die Konsumenten profitieren. Die kleinen Lokalblätter, die heute meistens gratis an die Haushalte gesendet werden, sehen keinen Rappen, denn nur Verlage mit abonnierten Zeitungen und bezahlten Onlinemedien profitieren. Das ist besonders stossend, da der Bundesrat vorgaukelt, er wolle die kleinen und mittleren Medien fördern.
Wer am Staatstropf hängt, kann nicht behaupten, unabhängig zu berichten. Wer will schon gegen diejenigen schiessen, die einen mit Millionen füttern? Staatsabhängige Medien haben ein Glaubwürdigkeitsproblem. Die Subventionen schwächen ihre neutrale und kritische Berichterstattung. Sie sind Gift für unsere direkte Demokratie und unser politisches System.

Darum sagen Sie am 13. Februar 2022 NEIN zum schädlichen «Massnahmenpaket zugunsten der Medien».

Nadja Umbricht Pieren, Nationalrätin, Heimiswil



Non à la loi sur un train de mesures en faveur des médias

Le paquet de mesures favorise les grands groupes de médias et affaiblit la neutralité de l'information.

Aujourd'hui déjà, les médias privés reçoivent 53 millions p. a. Avec le nouveau paquet de mesures, ils recevront trois fois plus d'argent. Les subventions sont (pour l'instant) limitées à 7 ans.

Composantes du paquet de 178 millions :
- *Distribution à prix réduit des quotidiens à fort tirage. Les journaux plus petits (tirage jusqu'à 40 000 exemplaires) bénéficient déjà aujourd'hui d'une telle réduction. Les journaux gratuits continuent de payer le plein tarif.*
- *Distribution à prix réduit des journaux du dimanche*
- *Augmentation du montant pour la distribution à prix réduit des magazines associatifs.*
- *Augmentation du soutien aux radios / télévisions régionales*
- *Augmentation du soutien aux agences de presse et à la formation et au perfectionnement des journalistes*
- *Subvention des médias en ligne*

L'information critique est menacée
Plus de 70 pour cent de ces subventions seraient versées aux grands groupes de médias. Ceux-ci n'ont pas besoin de se rendre dépendants de l'argent de l'Etat. Les petits journaux locaux, aujourd'hui envoyés gratuitement aux ménages, ne verraient pas un centime, car seules les maisons d'édition avec des journaux sur abonnement en profiteraient. C'est d'autant plus choquant que le Conseil fédéral fait croire qu'il veut soutenir les petits et moyens médias.
Ceux qui sont sous perfusion de l'Etat ne peuvent pas prétendre à une information indépendante. Qui veut tirer à boulets rouges sur ceux qui le nourrissent ? Les médias dépendant de l'Etat ont un problème de crédibilité. Les subventions affaiblissent leurs reportages neutres et critiques. Elles sont un poison pour notre démocratie directe.

C'est pourquoi, le 13 février 2022, dites NON au néfaste paquet de mesures en faveur des médias.

Ja zur Abschaffung der Stempelsteuer

Die Emissionsabgabe auf Eigenkapital ist schädlich und soll abgeschafft werden.

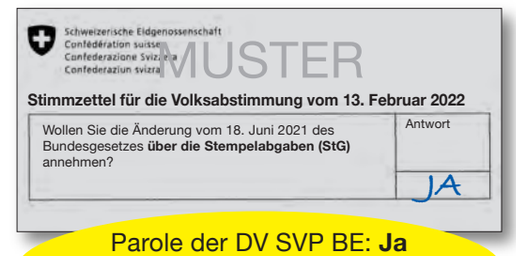
Der Staat belastet die Einzahlung von Eigenkapital durch Private (etwa bei der Ausgabe neuer Aktien) mit einer Abgabe. Das schädigt die Unternehmen direkt. Die Emissionsabgabe (EA) soll deshalb abgeschafft werden.

Geringe Einnahmen, grosser Schaden
Die EA betrifft jährlich 2200 Firmen und bringt rund 250 Mio. ein, also nur 0.35 % der Bundeseinnahmen. Dem steht ein erheblicher volkswirtschaftlicher Schaden gegenüber. Denn die Abgabe …
… verschärft Krisen, da sie Firmen ausgerechnet dann trifft, wenn sie in Schwierigkeiten stecken. Die Firmen sind dann auf Eigenmittel angewiesen, doch genau hier greift die EA.
… fördert die Verschuldung, denn anders als bei Eigenkapital ist auf der Aufnahme von Fremdkapital keine Abgabe geschuldet.
… belastet forschungsintensive Start-ups: Eigenkapitalfinanzierungen sind bei Start-ups essenziell, denn diese haben einen enormen Kapitalbedarf. Die EA schwächt somit den Innovationsstandort Schweiz.

Die drei Hauptargumente für die Abschaffung

1. *KMU stärken. Arbeitsplätze sichern.*
   Die Abschaffung der EA würde KMU entlasten. Investitionen zu besteuern, bevor Gewinn erwirtschaftet werden konnte, ist unsinnig. Innovative Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen, sollten nicht mit einer Abgabe bestraft werden.
2. Den Standort Schweiz stärken. Innovation ermöglichen.
   Innovative Start-ups müssen ohne EA-Belastung wachsen können. So profitiert der Wirtschaftsstandort von innovativen Ideen.
3. *Arbeitsplätze sichern. Unternehmen entlasten.*
   Sind die Steuern zu hoch, wird die Schweiz für Investoren unattraktiv. Dies führt zu einem Rückgang der Steuereinnahmen und gefährdet Arbeitsplätze.
   Die Abschaffung der schädlichen EA wird letztlich zu Mehr- statt Mindereinnahmen führen.

Lars Guggisberg, Nationalrat, Kirchlindach


Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra
MUSTER
Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 13. Februar 2022
Wollen Sie die Änderung vom 18. Juni 2021 des Bundesgesetzes **über die Stempelabgaben (StG)** annehmen?
Antwort
JA

Parole der DV SVP BE: **Ja** (grossmehrheitlich Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen)

Oui à la suppression du droit de timbre d'émission

Le droit de timbre d'émission est néfaste et doit être supprimé.

L'État impose une taxe sur l'apport de capitaux propres par des particuliers. Cela nuit aux entreprises. Le droit de timbre d'émission (DTE) doit donc être supprimé.

Des recettes faibles, des dommages importants
Le DTE rapporte 250 millions par an, soit seulement 0,35 % des recettes de la Confédération. Ce chiffre est à mettre en parallèle avec un dommage considérable pour l'économie nationale. Car la taxe ...
... aggrave les crises, car elle frappe les entreprises précisément au moment où elles sont en difficulté et où elles ont besoin de fonds propres, mais c'est précisément là que le DTE intervient.
... favorise l'endettement, car contrairement au capital propre, aucune taxe n'est due sur la prise de capitaux étrangers.
... pèse sur les start-ups à forte intensité de recherche : le financement par fonds propres est essentiel pour les start-ups, car celles-ci ont un énorme besoin en capital. Le DTE affaiblit ainsi le site d'innovation suisse.

Les trois principaux arguments en faveur de la suppression

1. *renforcer les PME. Préserver les emplois.*
   La suppression du DTE soulagerait les PME. Les entreprises innovantes qui créent des emplois ne devraient pas être pénalisées.
2. *renforcer la place économique suisse. Permettre l'innovation.*
   Les start-ups innovantes doivent pouvoir se développer sans être soumises à la charge du DTE. Ainsi, la place économique profite des idées innovantes.
3. *garantir les emplois. Alléger la charge des entreprises.*
   Si les impôts sont trop élevés, la Suisse n'est plus attractive pour les investisseurs. Cela entraîne une baisse des recettes fiscales et met les emplois en danger.
   La suppression des AE nuisibles entraînera en fin de compte une augmentation plutôt qu'une diminution des recettes.

Oberland
Listen 5, 6 + 7

bisher

Ueli Abplanalp
1971, Brienzwiler
Meisterlandwirt

bisher

Barbara Josi
1965, Wimmis
Gemeinderatspräsidentin, Leiterin Administration

bisher

Thomas Knutti
1973, Weissenburg
Landwirt, Berufsfahrer

bisher

Andreas Michel
1957, Schattenhalb
Unternehmer

bisher

Anne Speiser-Niess
1961, Zweisimmen
Familienfrau, Laborantin

bisher

Ernst Wandfluh-Häusler
1976, Kandergrund
Bergbauer

bisher

Kurt Zimmermann
1953, Frutigen
Unternehmer

Marlise Aegerter
1969, Faulensee
Kaufm. Angestellte

Rolf Aegerter
1965, Lenk
Landwirt, Schreiner

Albert Bach-Tiemer
1959, Gstaad
Unternehmer

Sven Bähler
1998, Spiez
Logistiker

Adrian Bieri-von Loh
1976, Boltigen
Landwirt, Agro Ing FH

Matthias Brunner
1967, Gstaad
Notar, Fürsprecher

Marianna Bütschi-Schmid
1970, Frutigen
Besucherführerin, Kauffrau

Ruedi Buchser
1962, Adelboden
Geschäftsführer

Beat Christen
1965, Aeschiried
Metzger, Wirt

Simon Feuz
1999, Gsteigwiler
Student Slavistik

Nils Fiechter
1996, Oberwil i. S.
Gemeindeverwalter, Co-Präsident JSVP Kanton Bern

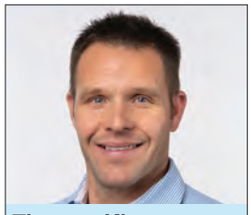
Stephanie-Marion Gartenmann
2002, Matten b. Interlaken
Studentin Rechtswissenschaft

Martin Gerber
1970, Reichenbach
Dipl. Berufsschullehrer

Heidi Glatthard
1971, Schattenhalb
Dipl. Pflegefachfrau HF

Erich Häsler
1964, Interlaken
Fotograf, Unternehmer

Leonie Sina Hensler
1998, Matten b. Interlaken
Kundenberaterin Emmental Versicherung



Thomas Klossner
1974, Latterbach
Hoch- und Tiefbaupolier

Christian Lauener
1973, Lauterbrunnen
Zimmermann, Landwirt

Christian Moor
1964, St. Stephan
Landwirt

Verena Müllener-Matti
1957, Gstaad
Bäuerin

Ruth Oehrli-Pekoll
1964, Lauenen
Gemeindepräsidentin, Schneesportlehrerin, Schneiderin

Emanuel Raaflaub
1962, Turbach
Landwirt, Schneesportlehrer

Jakob Reichen-Bieri
1969, Boltigen
Landwirt, Viehhändler

Adelheid Rubi Huber
1974, Hasliberg Reuti
Betriebsdisponentin, Landwirtin EFZ

Silvia Schärz-Schlapbach
1981, Scharnachtal
Fachfrau Finanzen, Bäuerin

Simon Scheller
1987, Ringgenberg
Teamleiter Zugführung, Kommandant Betriebsfeuerwehr

Daniel Schenk
1966, Interlaken
Facharzt für allgemeine Medizin

Heidi Schläppi
1979, Wilderswil
Betriebsökonomin FH

Miriam Schneider
1981, Kandersteg
Gärtnerin, Bäuerin

Nicola Ummel
1997, Zweisimmen
Chauffeur

Christof von Allmen
1977, Matten b. Interlaken
Eidg. Dipl. Elektroinstallateur

Marcel von Allmen
1982, Interlaken
Praxisausbildner Zugführung

Urs von Allmen
1966, Lauterbrunnen
Lokführer

Michael von Grünigen
1969, Schönried
Sport- und Marketingberater, Schneesportlehrer

Alfred von Känel
1955, Reichenbach
Betriebstechniker TS

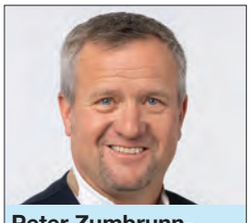
Jan von Siebenthal
1986, Gstaad
Meisterlandwirt

Reto von Siebenthal
1978, Schönried
Zimmermann, Hausmann

Hans Walker
1961, Lenk
Landwirt

Hans Wenger
1981, Zwischenflüh
Landwirt, Viehhändler

Kilian Wyssen
1960, Matten b. St. Stephan
Unternehmer, Landwirt



Peter Zumbrunn-Oppliger
1970, Brienz
Unternehmer, Gemeinderatspräsident

Thun
Listen 4, 5 + 6

bisher

Franziska Fuss-Oehrli
1967, Teuffenthal
Gemeindepräsidentin, Primarlehrerin, Bäuerin

bisher

Roman Gimmel
1974, Thun
Alt Gemeinderat, Verwaltungsdirektor

bisher

Samuel Krähenbühl
1977, Unterlangenegg
Chefredaktor, Lic. phil. hist.

bisher

Raphael Lanz
1968, Thun
Stadtpräsident, Dr. iur. Fürsprecher

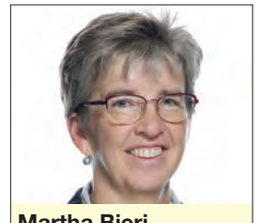
Thomas Abplanalp
1971, Sigriswil
Architekt HTL

Peter Aegerter
1957, Thun
Bauleiter

Christa Altorfer
1969, Steffisburg
Historikerin MA, GGR Mitglied

Roland Amstutz
1962, Schwendibach
Selbständiger Fahrrad- und Sporthändler

Lara Beer
1995, Uetendorf
Unternehmerin



Martha Bieri
1966, Oberhofen
Dipl. Hauspflegerin

Valentin Borter
1995, Thun
Student, Unternehmer

Bernhard Brügger
1979, Höfen bei Thun
Eidg. dipl. Meister-landwirt

Myriam Bühler
1974, Thierachern
Dipl. Wirtschaftsfach-frau

Philipp Deriaz
1977, Thun
Berufsoffizier

Isabel Glauser
1975, Thierachern
Führungsfachfrau, Gemeinderätin Bildung

Andreas Graber
1970, Sigriswil
Ingenieur Agronom FH

Urs Indermühle
1965, Seftigen
Gemeindepräsident, Betriebswirtschafter HF

Reto Jakob
1977, Steffisburg
Gemeindepräsident, Lehr- und Orchester-diplom Cello

Marcel Kümin
1975, Uetendorf
Berufsoffizier, Gemeinderat

Christoph Lauener
1979, Thun
Unternehmensberater, Coach

Karin Marti
1979, Uetendorf
Familienfrau, Vor-stands- und Kommis-sionsmitglied

Trudi Mösching-Signer
1963, Uetendorf
Projektleiterin, Gemeinderätin

Daniel Wagner
1974, Heimberg
Polizist, Dienstchef

Ulrich Zurbuchen
1974, Zwieselberg
Landwirt

Mittelland Süd Liste 1

bisher

Verena Aebischer
1989, Guggisberg
Gemeindeschreiberin

bisher

Ueli Augstburger
1959, Gerzensee
Meisterlandwirt

bisher

Katja Riem
1996, Kiesen
Winzerin, Agronomin

bisher

Hans Jörg Rüegsegger
1970, Riggisberg
Agrotechniker HF, Präsident Berner Bauern Verband

Martina Aeberhard
1973, Zimmerwald
Hausfrau, Kauffrau im Familienbetrieb

Urs Baumann
1968, Münsingen
Gemeinderat, Eidg. dipl. Elektroinstallateur, Unternehmer

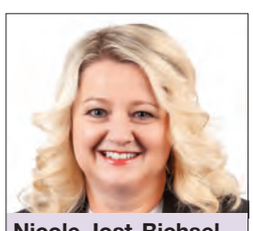
Henri Bernhard
1985, Tägertschi
Jurist

Toni Brunner
1973, Landiswil
Milchtechnologe, Chauffeur

Kathrin Gilgen
1971, Oberwangen
Floristin, Bäuerin

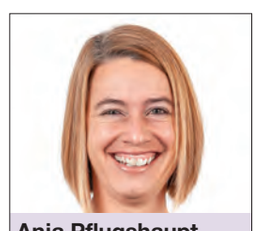
Miriam Gurtner
1980, Konolfingen
Leiterin Gesundheits-politik, Gemeinderätin

Roland Iseli
1965, Rüschegg
Gastronom



Nicole Jost-Bichsel
1971, Belp
Geschäftsfrau, Kauffrau

Benjamin Marti
1970, Belp
Gemeindepräsident



Anja Pflugshaupt
1985, Milken
Hausfrau

Alexander Röthlisberger
1972, Noflen
Betriebsmechaniker

Nathanael Schmied
1996, Guggisberg
Zimmermann

Beat Schüpbach
1958, Biglen
Meisterlandwirt

Fabian Widmer
1989, Riggisberg
Lüftungsanlagebauer

Reto Zbinden
1985, Mittelhäusern
Leiter SGF Agrar und Energie LANDI Schwarzwasser

Fabian Zulliger
1971, Gerzensee
Geschäftsführer, Finanzdirektor

Bern Liste 1

bisher

Alexander Feuz
1964, Bern
Rechtsanwalt, Grossrat

bisher

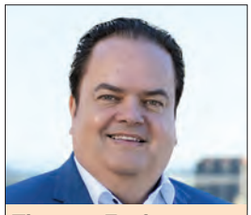
Beat Schori
1950, Bern
pensioniert

Elena Arati
1967, Bern
Kauffrau EFZ

Henri Beuchat
1968, Bern
Kaufmann

Irena Bracher
1979, Bern
Dentalhygienikerin

Eliane Burn
1982, Bern
Kaufm. Angestellte



Thomas Fuchs
1966, Bern
Betriebswirtschafter HF

Thomas Glauser
1973, Bern
KMU-Berater

Ueli Jaisli
1956, Bern
Holzkaufmann

Stephan Ischi
1972, Bern
Dipl. Finanz- und Anlageexperte

Monika Kammermann
1964, Bern
Kaufm. Angestellte

Daniel Michel
1974, Bern
Briefträger

Roger Mischler
1965, Bern
Eidg. dipl. Industriemeister

Niklaus Mürner
1977, Bern
Rechtsanwalt

Beat Michael Roth
1968, Uettligen
Eidg. dipl. Versicherungsfachmann

Stefan Spörri
1959, Herrenschwanden
Dr. med.

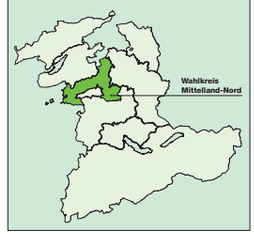
Thomas Weil
1966, Worb
Notar, Rechtsanwalt

Anissa Weyermann
1998, Utzenstorf
Immobilienbewirtschafterin

Janosch Weyermann
1995, Bern
Dipl. Tourismusfachmann HF, Stadtrat

Marc Daniel Wyss
1981, Bern
Koch

Mittelland Nord Liste 2



bisher

Daniel Bichsel
1969, Zollikofen
Gemeindepräsident

bisher

Annegret Hebeisen-Christen
1966, Münchenbuchsee
KMU Geschäftsfrau
SIU, Bäuerin

bisher

Aliki Panayides
1964, Ostermundigen
Dr. phil. hist., Vize-Gemeindepräsidentin, Geschäftsführerin

bisher

Peter Salzmann
1964, Mülchi
Dipl. Landwirt

bisher

Walter Schilt
1958, Utzigen
Alt-Gemeindepräsident, Geschäftsleiter SCHILT AG

bisher

Kurt Wenger
1953, Meikirch
Unternehmer, Mandatsleiter

Marc Aeberhard
1968, Kirchlindach
lic. rer. pol., Gemeinderat, Hotelier, Fachdozent und Autor

Markus Bärtschi
1972, Muri b. Bern
Gemeinderat, Notar, selbständig

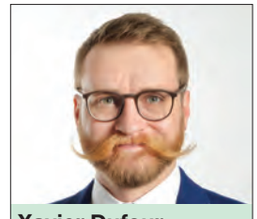
Monika Bernhard-Gerber
1966, Urtenen-Schönbühl
Gemeinderätin, Eidg. dipl. Bäuerin, Kauffrau

Yannick Buchter
1987, Ostermundigen
Unternehmenscontroller

Markus Burren
1972, Zollikofen
Unternehmer, Landwirt

Marco Capelli
1984, Münchenbuchsee
Betriebsinhaber Autoverwertung Rupp AG

Michael Christen
1987, Bolligen
Unternehmer, eidg. dipl. Gärtnermeister



Xavier Dufour
1989, Ittigen
Gemeinderat, Doktorand/Assistent Strafrecht u Rechtsphilosophie

Bruno Fivian
1973, Worb
Unternehmer Keramische Beläge

Markus Horst
1989, Neuenegg
Unternehmer, dipl. Techniker HF Telekommunikation

Claudia Kammermann
1965, Münchenbuchsee
Ausbilderin eidg. FA, selbstständig

Peter Kropf
1960, Münchringen
Vize-Gemeindepräsident, Portfoliomanager SBB Infrastruktur

René Maire
1960, Rosshäusern
Käsermeister, Gemeindepräsident

Franziska Scheibler
1989, Worb
Master of Science ETH in Agrarwissenschaften

Karin Waber
1962, Worb
Gemeinderätin, Dipl. Handelskauffrau

Manfred Waibel
1966, Münchenbuchsee
Gemeindepräsident

Emmental Listen 9 + 10

bisher

Markus Aebi
1958, Hellsau
Eidg. dipl. Meister Landwirt

bisher

Alfred Bärtschi
1965, Lützelflüh
Eidg. dipl. Landwirt

bisher

Ueli Gfeller
1962, Schangnau
Landwirt

bisher

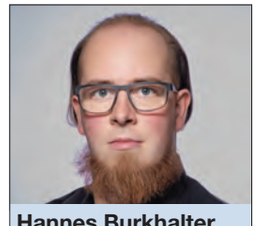
Andrea Gschwend-Pieren
1978, Kaltacker
Betriebswirtschafterin lic. oec. HSG, Unternehmerin

bisher

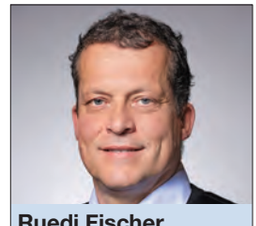
Walter Sutter
1961, Langnau i. E.
Eidg. dipl. Landwirt, Gemeindepräsident

Ann-Kathrin Aebi
1987, Alchenstorf
Lehrerin, Standortleiterin

Patrick Anliker
1967, Ersigen
Berufsoffizier, Oberst im Generalstab



Hannes Burkhalter
1991, Lauperswil
Koch

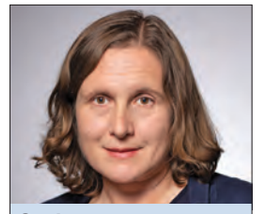


Ruedi Fischer
1968, Bätterkinden
Landwirt

Beat Fuhrer
1965, Langnau i. E.
Leiter Betrieb und Technik, Schreiner

Beat Gerber
1967, Bärau
Landwirt

Jürg Gerber
1959, Gohl
Eidg. dipl. Landwirt



Corinne Gygax-Zumstein
1979, Grünenmatt
Bäuerin FA, Leiterin Geschäftsstelle Geflügelprod.

Beat Hochstrasser
1975, Rüegsau
Leiter IT, Informatiker

Christoph Hofer
1981, Schüpbach
Baumeister

Fabian Horisberger
1977, Wynigen
Verkaufsleiter, Finanzplaner mit eidg. FA

Markus Iseli
1971, Hettiswil
Gemeindepräsident, Landwirt

Ernst Kühni
1966, Oberfrittenbach
Unternehmer, Präsident Berner KMU

Simon Langenegger
1979, Langnau i.E.
Landwirt, Agro-Kaufmann

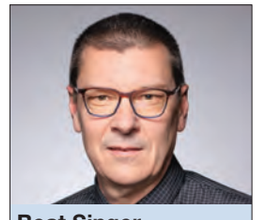
Hanspeter Lüthi
1970, Oberburg
Ing. Agronom FH, Stv. Fachbereichsleiter

Simon Niffenegger
1980, Burgdorf
Hausmann

Roland Rothenbühler
1971, Schwanden i. E.
Gemeindepräsident, Meisterlandwirt

Roland Ryser
1967, Affoltern i. E.
Gemeindepräsident, Landwirt

Beat Schürch
1972, Kirchberg
Bio Landwirt, Berufsbildner



Beat Singer
1967, Utzenstorf
Gemeinderatspräsident, Unternehmer, Polygraph

Rolf Stalder
1965, Zollbrück
Landschaftsgärtner selbstständig

Bernhard Stucki
1971, Sumiswald
Unternehmer, Betriebsleiter Strassentransport

Hanspeter Sutter
1965, Alchenstorf
Unternehmer

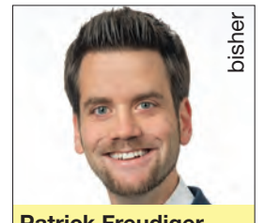
Jonas von Allmen
1993, Burgdorf
Mlaw, Jurist in Anwaltsausbildung

Adrian Zemp
1969, Kernenried
Unternehmer, Gemeinderatspräsident

Oberaargau
Liste 9

bisher

Beat Bösiger
1970, Niederbipp
Gemüseproduzent, Unternehmer



bisher

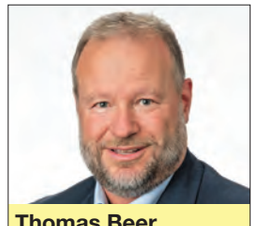
Patrick Freudiger
1984, Langenthal
Dr. iur., selbständiger Rechtsanwalt

bisher

Samuel Leuenberger
1962, Bannwil
Meisterlandwirt, Unternehmer

bisher

Andreas Schüpbach
1958, Huttwil
Meisterlandwirt



Thomas Beer
1970, Oberbipp
MAS Unternehmensfinanzen, selbständiger Berater, Gemeindepräsident

Christine Fahrni
1971, Rumisberg
Bäuerin mit eidg. Fachausweis

Thomas Krähenbühl
1986, Röthenbach
Meisterlandwirt

Martin Lerch
1955, Langenthal
Rechtsanwalt, Regierungsstatthalter i.R.

Rahel Schürch
1981, Madiswil
Unternehmerin, Bäuerin

Gabriela Seiler
1972, Aarwangen
Kauffrau, Betreuerin Schülertagesstätte

Marcel Sommer
1985, Huttwil
Finanzplaner mit eidg. Fachausweis

Cornelia Wälchli
1971, Langenthal
Arztsekretärin

Biel/Bienne – Seeland Listen 2 + 3

bisher

Christine Gerber-Weber
1966, Detligen
Gemeindepräsidentin, Dipl. Bäuerin, Kauffrau

bisher

Mathias Müller
1970, Orvin
Lic. phil., Berufsoffizier

bisher

Martin Schlup
1960, Schüpfen
Meisterlandwirt, Lastwagenführer

bisher

Sandra Schneider
1991, Biel
Kauffrau EFZ, Grossrätin

Hans-Ueli Aebi
1966, Biel
Lic. rer. pol., Journalist BR

Fritz Affolter
1951, Aarberg
Sekundarlehrer, ehem. Gemeindepräsident

Jann Fritz Bangerter
1992, Bienne
Étudiant en médecine, officier

Markus Baumann
1983, Nidau
Head of Logistics Operations, Stadtrat

François Bourquin
1967, Bienne
Cuisinier

Julien Brault
1991, Bienne
Commerçant

Dominique Burkhardt
1974, Erlach
Metallbauschlosser, Berufsmilitär

Patrick Demierre
1991, Biel
Eidg. dipl. Elektroinstallateur, Offizier

Dominik Dummermuth
1997, Lyss
Geschichtsstudent, Sicherheitsdienst

Eduard Eggli
1959, Busswil
Unternehmer, Mitglied GGR Lyss

Luca Francescutto
1977, Bienne
Policier

Leander Gabathuler
1992, Nidau
Marketing & Sales dans une Tech-Startup

Oliver Grob
1982, Nidau
ICT Business Engineer, Conseiller de ville

Nadja Günthör
1965, Erlach
Ausbildnerin IT, Dipl. Personal Coach

Philippe Habegger
1978, Brügg
Chef du personnel locomotive CFF

Werner Hässig
1949, Brügg
Maître menuisier à la retraite, Conseiller municipal

Reto Imbach
1995, Lobsigen
Objektleiter Dachdecken

Roland Lutz
1955, Nidau
Dipl. Betriebsfachmann HF, Gemeinderat

Jürg Michel
1951, Lyss
Messeleiter, Alt Vize-Gemeindepräsident

Marcel Morandi
1956, Biel
Laienrichter, Stadtrat

Marc Moser
1966, Aarberg
Eidg. dipl. Elektroinst., Geschäftsleiter

Lukas Müller
1990, Bienne
Traducteur, Conseiller stratégique

Jan Pauli
1995, Büren an der Aare
Plattenleger EFZ, Gemeinderat

Pierre-André Pittet
1965, Schüpfen
Agro. Ing. HTL, Gemeindepräsident

Peter Rahm
1968, Sutz-Lattrigen
Betriebsökonom HWV

Korab Rashiti
1986, Gerolfingen
Dipl. Specialist Sécurité et Qualité

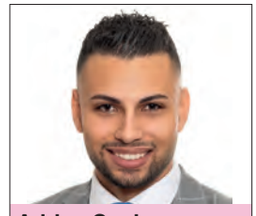
Michael Rüfenacht
1973, Bienne
Répondant technique

Benjamin Schmid
1993, Lyss
Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Master BWL

Veronika Schneider-Stepniewski
1967, Biel
Städt. Angestellte, Stadträtin

Hans Schori
1961, Wiler b. Seedorf
Dipl. Ing. Agr. FH, Berufsoffizier, Gemeindepräsident

Anja Senti
1996, Jens
Architecte, tireuse sportive



Adrian Spahr
1994, Lengnau
Polizist mit eidg. FA, Co-Präsident JSVP Kanton Bern

Tanja von Dach-Schori
1976, Worben
Tagesschulbetreuerin, Gemeinderätin

Olivier Wächter
1974, Bienne
Finance Controller

Patrick Widmer
1968, Bienne
Directeur, Président UDC Bienne

Petra Wyss
1968, Aarberg
Primarlehrerin, Unternehmerin

Raphael Zwahlen
1988, Lyss
Geschäftsleiter GalloSuisse, Vorstand SVP Seeland

Jura bernois
Liste 6

Anne-Caroline Graber
1976, La Neuveville
Dr ès sciences politiques

Etienne Klopfenstein
1955, Corgémont
Maître agriculteur

Marc Tobler
1960, Moutier
Agriculteur, Conseiller municipal

Manfred Bühler
1979, Cortébert
Avocat, maire

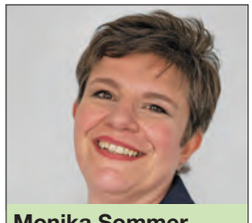
Markus Gerber
1972, Bellelay
Maître agriculteur, maire

André Mercerat
1954, Champoz
Conseiller technique
Indépendant

Maxime Ochsenbein
1991, Bévilard
Educateur

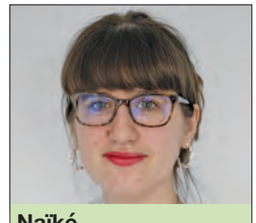
Anaïs Ryser
2000, Reconvilier
Horlogère

Michaël Schlappach
1988, Loveresse
Collaborateur police fédérale, cons. municipal



Monika Sommer
1974, Les Reussilles
Paysanne EF

Michel Tschan
1979, Corgémont
Planificateur financier, entrepreneur



Naïké Vuilleumier Rotzer
1991, Tramelan
Opératrice en horlogerie

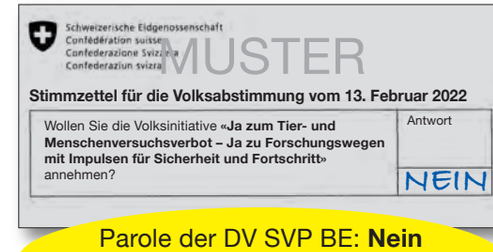
Nein zur Volksinitiative «für ein Tier- und Menschenversuchsverbot»

National- und Ständerat empfehlen einstimmig ein Nein zur Volksinitiative für ein Tier- und Menschenversuchsverbot.

Ein einstimmiges Nein, das sagt eigentlich alles. Für Parlament und Bundesrat bedeutet ein komplettes Verbot von Tierversuchen massive Nachteile für die Schweiz und ihre Bevölkerung. Mensch und Tier könnten nicht mehr auf die stetige Verbesserung medizinischer Therapien zählen, was negative gesundheitliche Folgen hätte. Es bliebe bei den heutigen Medikamenten, Forschung und Entwicklung würden massiv eingeschränkt und viele Arbeitsplätze gefährdet.

Wie sieht es heute aus?
Tierversuche sind in der Schweiz erlaubt. Es gilt aber eines der weltweit strengsten Gesetze: Ein Tierversuch wird nur bewilligt, wenn die Ergebnisse nicht anders erzielt werden können. Der gesellschaftliche Nutzen muss die Belastung der Tiere rechtfertigen, Forschende dürfen nur mit so vielen Tieren arbeiten wie unbedingt nötig und Belastungen sind so gering wie möglich zu halten. Die Förderung tierversuchsfreier Forschung ist dem Bundesrat zudem wichtig: Er hat 2021 ein Forschungsprojekt mit 20 Millionen Franken lanciert und die Beiträge für ein Kompetenzzentrum stark erhöht. Dessen Ziel ist es, Tierversuche zu ersetzen oder zu reduzieren und die Belastung zu verringern

Was will die Initiative?
Gefordert wird ein sofortiges Verbot von Tierversuchen und ein Importverbot für mit Tierversuchen entwickelten Produkten. Forschung, die ohne Tierversuche auskommt, soll mindestens dieselbe staatliche Unterstützung erhalten wie heute diejenige mit Tierversuchen. «Menschenversuche» sollen verboten werden. Man könne auch durch Operationsabfälle Biomaterialien gewinnen, an denen geforscht werden kann.


Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra
MUSTER
Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 13. Februar 2022
Wollen Sie die Volksinitiative **«Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot – Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt»** annehmen?
Antwort
NEIN

Parole der DV SVP BE: **Nein**
(einstimmig, 0 Enthaltungen)

Folgen bei einem Ja
In der Schweiz gäbe es keine neuen Medikamente mehr, die mit Tierversuchen entwickelt werden, denn ohne Versuche können Medikamente und Therapien nicht risikoarm freigegeben werden. Die Forschung mit Tierversuchen würde aber nicht aufhören, sondern die Entwicklung von Medikamenten oder anderen Produkten wie Pflanzenschutzmitteln ins Ausland verlagert. Damit ist niemandem geholfen.

Kein Wunder, sagen Bundesrat, National- und Ständerat einstimmig Nein zu dieser extremen Forderung.

Andreas Aebi, Nationalrat, Alchenstorf

Non à l'initiative populaire pour l'interdiction de l'expérimentation animale et humaine

Le Parlement recommande à l'unanimité de voter non à l'initiative populaire pour l'interdiction des expériences sur les animaux et les êtres humains.

Cela veut tout dire. Pour le Parlement et le Conseil fédéral, une interdiction de l'expérimentation animale aurait des inconvénients majeurs. On ne pourrait plus compter sur l'amélioration constante des thérapies médicales, ce qui aurait des conséquences négatives sur la santé. On en resterait aux médicaments actuels, la recherche et le développement seraient massivement limités et de nombreux emplois seraient menacés.

Quelle est la situation actuelle ?
L'expérimentation animale est autorisée en Suisse. Mais l'une des lois les plus strictes au monde s'applique : une expérimentation animale n'est autorisée que si les résultats ne peuvent pas être obtenus autrement. L'utilité sociale doit justifier la contrainte imposée aux animaux, les chercheurs ne doivent travailler qu'avec le nombre d'animaux absolument nécessaire et les contraintes doivent être aussi faibles que possible. En outre, le Conseil fédéral a lancé en 2021 un projet de recherche doté de 20 millions de francs et a fortement augmenté les contributions pour un centre de compétences. L'objectif de ce dernier est de remplacer ou de réduire les expériences sur les animaux et de diminuer les contraintes.

Que veut l'initiative ?
Elle exige une interdiction immédiate des expériences sur les animaux et une interdiction d'importer des produits développés à l'aide d'expériences sur les animaux. La recherche sans expérimentation animale doit recevoir au moins le même soutien de l'Etat que celui accordé aujourd'hui à la recherche avec expérimentation animale. Les "expériences sur l'homme" doivent être interdites.

Conséquences en cas de oui
En Suisse, il n'y aurait plus de nouveaux médicaments développés à l'aide d'expériences sur les animaux. La recherche sur les animaux ne s'arrêterait pas pour autant, mais le développement de médicaments ou d'autres produits comme les produits phytosanitaires serait transféré à l'étranger. Cela n'aide personne.

Il n'est donc pas étonnant que le Conseil fédéral et le Parlement disent unanimement non à cette exigence extrême.

Nein zur Volksinitiative «Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung»

Die Initiative entspricht faktisch einem Totalverbot von Werbung für Tabak.

Die Initiative will sämtliche Tabakwerbung, die Minderjährige erreicht, verbieten. Da praktisch jede Werbung von Jugendlichen eingesehen werden kann, bedeutet dies ein Totalverbot für Tabakwerbung.
Der Jugendschutz ist wichtig, weshalb national folgende Einschränkungen der Tabakwerbung gelten:
- Werbung in Radio und TV ist verboten
- Werbung an Minderjährige ist verboten
- Die Abgabe von Gratismustern an Minderjährige ist verboten.

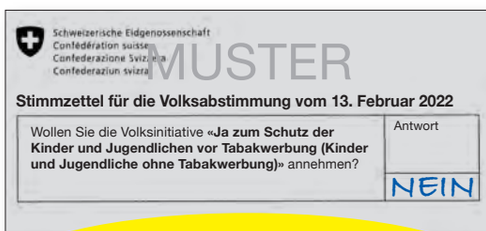
Zudem gibt es kantonale Einschränkungen:
- Altersgrenzen für den Kauf von Zigaretten (16 / 18 Jahre).
- Verbot der Plakatwerbung (17 Kantone)
- Verbot der Kinowerbung (6 Kantone)
- Verbot der Werbung und des Sponsorings auf öffentlichem Grund, in Kinos sowie für Kultur- und Sportveranstaltungen (2 Kantone).

Jugendschutz bereits garantiert
Die Gesetzgebung wurde 2021 mit einem neuen Tabakproduktegesetz ergänzt:
- Generelles Verbot der Abgabe von Gratismustern von Zigaretten
- Schweizweites Verbot des Verkaufs an unter 18-Jährige
- Verbot der Plakatwerbung, der Werbung im Kino sowie der Werbung in und an öffentlichen Verkehrsmitteln/Gebäuden
- Sponsoringverbot bei internationalen Anlässen und bei nationalen Anlässen, wenn letztere auf Minderjährige abzielen.

Der Jugendschutz hat somit einen sehr hohen Stellenwert. Die Initiative will aber viel weiter gehen und
- das Sponsoring an nationalen Anlässen verbieten, nur schon wenn Jugendliche erreicht werden
- Inserate verbieten
- Werbung im Internet verbieten
- Werbung an Verkaufsstellen, z.B. beim Kiosk, verbieten.

Dieses Werbeverbot missachtet die Wirtschaftsfreiheit. Der Eigenverantwortung wird zu wenig Rechnung getragen. Die Initiative ist ein Präjudiz für weitere Werbeverbote, etwa für zuckerhaltige Produkte oder Fleischprodukte. Es ist nicht am Staat, die Bevölkerung zu erziehen.

Albert Rösti, Nationalrat, Uetendorf


Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra
MUSTER
Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 13. Februar 2022
Wollen Sie die Volksinitiative «**Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung (Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung)**» annehmen?
Antwort
NEIN

Parole der DV SVP BE: **Nein**
(4 Ja, grossmehrheitlich Nein, 4 Enthaltungen)

Non à l'initiative populaire « enfants et adolescents sans publicité pour le tabac »

L'initiative est en fait une interdiction totale de la publicité pour le tabac.

L'initiative veut interdire toute forme de publicité pour le tabac qui touche les jeunes. Comme toutes les publicités peuvent être consultées par les jeunes, cela signifie une interdiction totale de la publicité pour le tabac.
Au niveau national, les restrictions suivantes s'appliquent déjà à la publicité pour le tabac :
- *La publicité à la radio et à la télévision est interdite*
- *La publicité destinée aux mineurs est interdite*
- *La distribution d'échantillons gratuits aux mineurs est interdite.*

Il existe d'autres restrictions cantonales :
- *Limites d'âge pour l'achat de cigarettes (16 / 18 ans)*
- *Interdiction de la publicité par affichage (17 cantons)*
- *Interdiction de la publicité au cinéma (6 cantons)*
- *Interdiction de la publicité et du sponsoring sur le domaine public, dans les cinémas et pour les manifestations culturelles et sportives (2 cantons).*

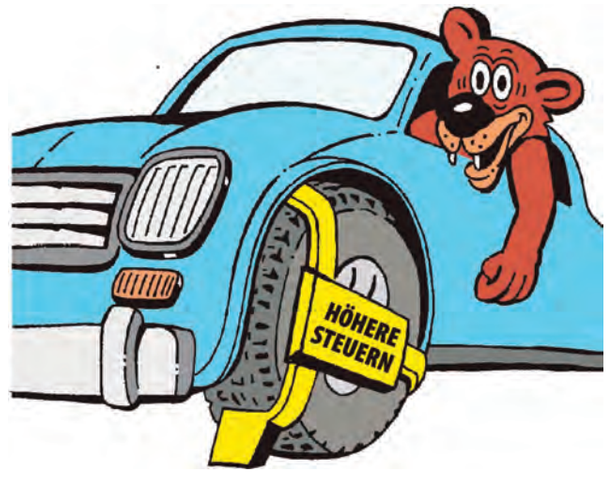
Protection de la jeunesse garantie
La législation a été complétée par une loi sur les produits du tabac :
- *Interdiction générale de la distribution d'échantillons gratuits de cigarettes*
- *Interdiction de la vente aux moins de 18 ans*
- *Interdiction de la publicité par affichage, au cinéma et dans et sur les transports/bâtiments publics.*

La protection de la jeunesse est donc garantie. Mais l'initiative veut aller beaucoup plus loin et
- *interdire le sponsoring lors de manifestations nationales visant des jeunes*
- *interdire les annonces*
- *interdire la publicité sur Internet*
- *interdire la publicité dans les points de vente, p. ex. dans les kiosques.*

Cette interdiction globale de la publicité ne respecte pas la liberté économique et ne tient pas compte de la responsabilité individuelle. L'initiative pourrait constituer un précédent pour d'autres interdictions de publicité, p. ex. pour les produits sucrés. Ce n'est pas à l'État d'éduquer la population.

Autofahren nur noch für Reiche? Die Landbevölkerung noch mehr schröpfen?

- Erst vor wenigen Jahren haben die Stimmbürger die Motorfahrzeugsteuern gesenkt – nun wollen Regierungsrat und Parlament diese wieder erhöhen. Das ist eine undemokratische Zwängerei!
- Wer auf ein Fahrzeug angewiesen ist, muss mehr bezahlen. Dies trifft insbesondere Familien, Junglenker und das Gewerbe. Das ist unsozial!
- Nicht alle Menschen wohnen in der Stadt und geniessen ein breit ausgebautes ÖV-Angebot. Die Landbevölkerung wird benachteiligt!
- Werden Steuern erhöht, steigen unweigerlich auch die Preise von Produkten und Dienstleistungen an. Diese Steuererhöhung trifft alle!



Wir sagen klipp und klar NEIN zu höheren Motorfahrzeugsteuern

Stimmen auch Sie am 13. Februar 2022:

Janosch Weyermann
Grossratskandidat, Bern
SVP Stadt Bern

Thomas Fuchs
Grossratskandidat, Bern
SVP Stadt Bern

Sandra Schneider
Grossrätin, Biel/Bienne
SVP Biel-Seeland

Patrick Freudiger
Grossrat, Langenthal
SVP Oberaargau

Erich Hess
Nationalrat und Stadtrat, Unternehmer, Bern

Wie sich die Schweiz rettete

In diesem umfassenden Grundlagenbuch beleuchtet Josef Mächler die Schweiz von 1939 bis 1945. Dem Autor ist es dabei ein Anliegen, die ideologisch gewordene Geschichtsschreibung über die Schweiz im Zweiten Weltkrieg wieder auf gesicherte Fakten zu positionieren.

548 Seiten starkes Standardwerk
Spezialpreis: 49 Franken
statt 79 Franken

PRO LIBERTATE

Schweizerische Vereinigung für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde
www.prolibertate.ch

Freiheit bewahren – Freiheit verteidigen!

1956 wurde Pro Libertate gegründet. Der Einmarsch der sowjetischen Truppen in Ungarn und die Errichtung totalitärer Regimes in Osteuropa zeigten, dass Demokratien und freiheitliche Gesellschaften, auch nach der Befreiung Europas von der Nazi-Diktatur, in Gefahr lebten. Deshalb trägt Pro Libertate ihre Zielsetzung im Namen: «Für die Freiheit». Und der Name ist heute aktueller denn je!

Ich bestelle _____ Expl. des Buches **«Wie sich die Schweiz rettete»** zum Preis von 49 Franken, zzgl. Porto und Verpackung.

☐ Bitte senden Sie mir weitere **Informationen über die Schweizerische Vereinigung Pro Libertate** zu (www.prolibertate.ch).

Talon ausschneiden und einsenden an:
Thomas Fuchs, Pro Libertate, Niederbottigenweg 101, 3018 Bern
(oder via info@prolibertate.ch, Tel. 079 302 10 09, Thomas Fuchs, Präsident)

Vorname, Name _____
Adresse _____
P LZ,Ort _____
Tel./E-Mail _____
Datum, Unterschrift _____